

20.03.2026

Pioneer Foundation: Journalismus neu denken

Nick Wilcke

Meinungsfreiheit heißt nicht Folgenfreiheit. Gedanken zur Debatte um „Cancel Culture“

Es war eine erstaunlich erkenntnisarme Stunde, die sich vor wenigen Wochen im ZDF abspielte. Unter der schon fast boulevardesken Headline „R.I.P. Meinungsvielfalt: Haben wir verlernt zu streiten?“ diskutierten stolze 64 Minuten lang sechs Personen des mehr oder minder öffentlichen Lebens im Format „13 Fragen“ über die Frage, ob wir als Gesellschaft verlernt hätten, miteinander in den Diskurs zu gehen.

Der Erstaunliche: Dabei waren sie sich im Grunde genommen schrecklich einig. Gewalt ist schlecht, Gegenrede ist gut, staatliche Repressionen sind schlecht, viele unterschiedliche Meinungen im Diskurs sind gut. Soweit, so erwartbar. Das Interessante war dabei eher, wie die Diskussion geführt wurde. Denn es war kein produktiver Prozess der gemeinsamen Sinnkreation, sondern ein konstantes Aneinander-vorbei-reden. Der eine führte den gecancelten Comedian ins Feld, der andere argumentierte mit Faschisten, die doch weiterhin in Talk Shows saßen. Das ist kein Zufall. Es ist das Grundproblem dieser Diskussion.

Wir streiten über „Cancel Culture“ und „Meinungsfreiheit“ als wären es klare, festgelegte und universelle Begriffe, dabei lassen wir meist außer Acht, dass vor allen Dingen der Begriff der „Cancel Culture“ im Diskurs nie ausbuchstabiert wurde. Und solange das so bleibt, werden wir keine ehrliche Antwort auf die eigentliche Frage finden, die doch im Grunde über diesem ganzen Gerangel um die Meinungsfreiheit steht: Wann ist es legitim, jemandem die Bühne zu entziehen? Die Antwort – das vorne weg – lautet: Manchmal. Und das ist mitnichten eine Kapitulation vor dem sogenannten (Twitter-)Mob, sondern eine zivilisierte Haltung.

Beginnen wir aber zunächst einmal mit dem Offensichtlichen. „Cancel Culture“ ist kein juristischer Begriff, Meinungsfreiheit hingegen schon. Sie ist ein Abwehrrecht gegen den Staat, aber keine Garantie dafür, dass soziale Folgen einer Aussage einfach ausbleiben. Wer beide Begriffe bewusst vermischt, argumentiert unredlich.

Aber woher kommt der Begriff „Cancelling“ überhaupt? Er entstand weder in deutschen Feuilletons noch in amerikanischen Think Tanks, wie man heute vielleicht annehmen könnte. Seinen Ursprung hat er in der afroamerikanischen Twitter-Community der frühen 2010er Jahre. Es war ein schlichtes Instrument des kulturellen Boykotts einer Community, deren soziales und kulturelles Kapital aufgrund gesellschaftlicher Marginalisierung stark begrenzt war und ist.

Erst im Laufe der Zeit wurde der Begriff politisch (um)gedeutet und damit zur angeblichen Bedrohung der offenen Gesellschaft hochstilisiert. Er wurde zum Kampfbegriff. Die prominenteste wissenschaftliche Definition des Begriffs stammt dabei von der Kommunikationswissenschaftlerin Meredith Clark, die „Cancelling“ beschreibt als die Entscheidung, einer Person des öffentlichen Lebens seine Aufmerksamkeit zu entziehen, weil man mit Aussagen, Taten oder Untaten dieser Person als anstößig empfindet. Aber selbst das ist in der Wissenschaft umstritten, andere Wissenschaftler (genders nicht nötig) sehen den Begriff als digitalen Aktivismus, wieder andere als neue Form des Mobbing. Und genau das ist das Problem. Wir führen eine erbitterte Debatte über einen Begriff, den – wie eingangs beschrieben – nie jemand ausbuchstabiert hat. Die ZDF-Runde ist so gesehen schlichtweg ein Symptom.

An dieser Stelle könnte man nun Einzelfall um Einzelfall durchdeklinieren. Jede Leserin und jeder Leser dieses Beitrags hat bestimmt sofort einen im Gedächtnis. Der Mächtige, dem jahrelang niemand auf die Finger schaute und der dann gecancel wurde, oder der Unbequeme, der wegen eines alten Posts sein Bühnenprogramm gestrichen bekam. Doch genau hier liegt die Falle. Fall gegen Fall. Empörung gegen Empörung. Wir verlieren uns im Partikularen, ohne auf das Universelle zu schauen.

Die eigentliche Frage ist dabei doch keine empirische („Was ist passiert“), sondern eine normative: „Nach welchen Kriterien bewerten wir, was passiert?“ Solange wir diese Kriterien nicht benennen, bleibt uns nur das, was wir in der ZDF-Runde beobachten konnten: eine Debatte ohne Erkenntnis.

Gehen wir der Sache auf den Grund. Der Diskurs in einer freiheitlichen Demokratie ist kein rechtsfreier Raum. Er hat Regeln. Und zwar dieselben für alle. Wer im Rahmen dieser Regeln spricht, darf erwarten, dass die Reaktion darauf denselben Rahmen respektiert. Nicht weil jedes Argument oder jede Aussage gleich viel wert ist, sondern weil der Rahmen selbst das Fundament ist, auf dem die Debatte überhaupt erst möglich wird. Konkret bedeutet das: Ist eine Aussage legal, auch wenn sie provokativ, unbequem oder sogar problematisch ist, dann darf die Reaktion darauf nicht illegal sein. Boykott ist eine legitime Methode. Der kollektive Entzug der Aufmerksamkeit ist es ebenso. Ja, sogar der öffentliche Aufruf dazu ist legitim. All das ist Cancellen. Und all das ist, in diesem legalen Rahmen, eine legitime und zivilisierte Diskurspraktik.

Ist eine Aussage hingegen strafbar - ohne hier eine Debatte über §103 StGB lostreten zu wollen -, ist nicht der Mob zuständig, sondern der Staat. Gesellschaftliche Reaktionen und Sanktionierungen sind weiterhin möglich, dürfen aber nicht in Selbstjustiz verfallen. Solange dieser gesellschaftliche Rahmen respektiert wird, ist Cancellen keine Einschränkung des Diskurses, sondern ein Werkzeug in ihm.

Nun wäre es unredlich, die Risiken des Cancellens zu verschweigen. Nicht ohne Grund hat der Moderator des ZDF-Formats Jo Schück gleich im Intro den vielzitierten Satz in den Raum geworfen: „Man darf ja nichts mehr sagen.“

Es wäre billig, den Argumenten derer zu folgen, die sich beschweren, dass Menschen, die diese Sätze sagen, sie eben im Fernsehen, auf Bühnen und vor breitem Publikum zum Besten geben. Natürlich entbehrt das trotzdem nicht einer gewissen Ironie, die hier auch nicht unerwähnt bleiben soll. Die Frage bleibt allerdings, ob nicht dieses Gefühl der Selbstzensur mit der Cancel Culture zusammenhängt oder nicht. Dass die Menschen wirklich ein genuines Gefühl haben, sich nur noch in einem schmalen Korridor äußern zu können, ist empirisch von der Allensbach-Studie jährlich aufs Neue bewiesen. Jetzt kann man die Studie methodologisch sezieren oder auch die Frage stellen, ob nicht die Menschen nur denken, sie dürften nichts mehr sagen, weil das andauernd in der Zeitung steht, aber das würde den Rahmen sprengen. Das Problem scheint zumindest auf basaler Ebene zu bestehen, was nicht bedeutet, dass wir es nicht vollends ernst nehmen müssen.

Viel wichtiger in diesem Kontext ist aber die Ebene, dass obwohl „Cancel Culture“ im Grunde alle am Diskurs Beteiligten in unterschiedlichen Formen betrifft, sie das bei nicht allen gleich tut. Es gibt eine Asymmetrie der Macht. Eine koordinierte Kampagne gegen einen millionenschweren Prominenten ist strukturell etwas völlig anderes als eine gegen eine Privatperson, deren digitale Präsenz aus ein paar hundert Followern besteht. Ersterer hat Anwälte, PR-Teams und eine große Plattform. Letzterer hat nichts davon. Und obwohl beide von der „Cancel Culture“ betroffen sind, könnten die Konsequenzen unterschiedlicher nicht sein. Die Sorge der gesellschaftlichen Auswirkungen ist berechtigt. Aber sie ist kein Argument gegen „Cancel Culture“ als Diskurspraktik. Vielmehr sollten wir darüber nachdenken, welchen Einfluss die sozialen Netzwerke auf unser Privatleben haben und wie wir diese Form der Polarisierung eindämmen.

Schlussendlich kann man daraus eine Erkenntnis klar ableiten: Cancellen ist kein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Es ist ihr Ausdruck. Eine Gesellschaft, die kein Verhalten mehr ahndet, ist genauso gefährlich wie eine, die jede Meinungsäußerung zunichtemacht. Der Unterschied liegt nicht im Werkzeug, sondern in der Reflexion darüber, wann und wie wir es für legitim halten. Solange wir diesen Prozess den Algorithmen der sozialen Netzwerke überlassen, die Empörung der Lauten belohnen und die Differenzierung der Leisen bestrafen, werden wir weiter das erleben, was wir vor wenigen Wochen im ZDF beobachten konnten: Eine Debatte, die sich selbst im Weg steht.

Das hier ist kein Plädoyer für mehr Cancellen, genauso wie es keines für weniger Cancellen ist. Es ist ein Plädoyer für Bewusstsein. Bewusstsein darüber, wer alles am Diskurs teilnimmt. Bewusstsein darüber, was unsere Äußerungen bewirken können. Und auch das Bewusstsein darüber, dass in

sozialen Gefügen Konsequenzen mit zum Miteinander gehören. Eine Gesellschaft, die das leisten kann, braucht keinen Begriff mehr wie die „Cancel Culture“. Denn sie hätte sie bereits überwunden.